Dr. Hans-Joachim Preuß
Generalsekretär
Deutsche Welthungerhilfe

Statement anlässlich der Pressekonferenz zur Vorstellung des 15. Berichts „Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe“ am 8. November 2007 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

in jüngster Zeit werden immer wieder Stimmen laut, die Entwicklungshilfe pauschal als ineffektiv abtun. So viele Milliarden wurden ausgegeben, so lautet der Tenor, und so wenig wurde erreicht. Wir glauben: Es gibt nicht zu viel, sondern zu wenig Entwicklungshilfe. Zum einen gaukeln die offiziellen Statistiken mehr Gelder vor, als tatsächlich ausgegeben wird. Zum anderen wird bedauerlicherweise ein zu geringer Anteil der Mittel für die direkte Armutsbekämpfung eingesetzt, und zuviel für Strukturmaßnahmen, die höchstens einen mittelbaren Effekt haben.

Um so wichtiger ist ein Bericht wie „Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe“, den terre des hommes und Welthungerhilfe in diesem Jahr zum fünfzehnten Mal vorlegen, um den konstruktiven kritischen Dialog über mehr und bessere Entwicklungshilfe zu führen. Es ist die wichtigste regelmäßig erscheinende zivilgesellschaftliche Stellungnahme zur staatlichen Entwicklungshilfe, also der Bundesregierung und anderer Geberländer.

Ein genauer Blick tut mehr Not denn je! Denn auf dem Papier hat die Bundesregierung ihre Verpflichtung im Rahmen des Stufenplans der Europäischen Union erfüllt, mit 8,25 Milliarden Euro mindestens 0,33 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe auszugeben, es sind sogar berechnete 0,36 Prozent.

Doch Schuldenerlasse – Herr Mucke hat es erwähnt – sind dabei nur *ein* Mittel, die Statistiken aufzublähen, ohne sie läge die Quote nur bei 0,27 Prozent. Außerdem werden einberechnet: die rechnerischen Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern sowie die Kosten für Flüchtlinge im ersten Jahr ihres Aufenthaltes einschließlich der Kosten ihrer „Rückführung“ im Fall der Ablehnung ihres Asylantrags.

Allein die theoretischen Studienplatzkosten machen eine Dreiviertel Milliarde Euro aus – eine Zahl, welche die Statistik verschönert, aber kein Geld, das bei den Hungernden und Armen ankommt. Ein breites Bündnis europäischer Nichtregierungsorganisationen kritisiert diese Praxis und unterscheidet zwischen „aufgeblähter“ und „echter“ Entwicklungshilfe. Nach diesen Kriterien liegt die wirkliche deutsche Hilfe 35 Prozent unter den offiziellen Zahlen (Graphik Seite 26).

Aber die Wirksamkeit bemisst sich nicht nur an der Höhe der Mittel, sondern daran, wofür das Geld ausgegeben wird, sprich: ob es für direkte Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung und soziale Grundversorgung wie Gesundheit, Bildung oder Wasser verwendet wird. Hier gibt es einen bemerkenswerten Kontrast zwischen den programmatischen Verlautbarungen und den Mittelzusagen. Die Mittelzusagen für Gesundheit, Grundbildung und Wasser stagnieren oder sinken sogar. Dagegen wurde die Wirtschaftsförderung verdoppelt und ist mit einem Viertel der Mittel der mit Abstand größte Posten der staatlichen deutschen Entwicklungshilfe. Unterstützt werden aus diesem Topf unter anderem Wirtschaftsberater für Länder wie Indien (40 Millionen Euro) und China (19 Millionen Euro).

Kein Zweifel: Wirtschaftliche Entwicklung ist wichtig und kann auch positive Effekte zur Armutsbekämpfung erzeugen. Doch wir beobachten immer wieder, dass große Teile vor allem der ländlichen Bevölkerung von dieser Entwicklung abgeschnitten sind und sich sogar die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet. Die Hilfe muss zuerst bei den direkt Betroffenen ansetzen. Wer hungert oder nicht einmal einen Dollar am Tag zur Verfügung hat, kann nicht an wirtschaftlicher Entwicklung teilhaben.

Deshalb kritisieren wir auch, dass die Mittelzusagen für die am wenigsten entwickelten Länder weniger als die Hälfte des „Kuchens“ ausmachen. Und entgegen dem Anschein, den man nach Heiligendamm gewinnen konnte, spiegelt sich der Fokus auf Afrika nicht in der Liste der Hauptempfängerländer deutscher staatlicher Entwicklungshilfe wider: Unter den „Top 10“ ist 2008 kein einziges Land Subsahara Afrikas, dagegen steht China noch immer an zweiter Stelle. (Tabelle Seite 46)

Ein genauer Blick tut vor allem auch dann Not, wenn sich die Staats- und Regierungschefs auf großer Bühne treffen wie im Juni in Heiligendamm. Präsident Bush überraschte im Vorfeld mit seinem Vorschlag, 60 Milliarden für den Kampf gegen Aids, Malaria und Tuberkulose auszugeben. In der abschließenden Erklärung war jedoch kein Zeitrahmen genannt. Die Bundesregierung kündigte an, sich mit vier Milliarden zu beteiligen, gestreckt über einen Zeitraum von acht Jahren, also 500 Millionen im Jahr. Das sind aber nur 100 Millionen mehr, als schon vor dem G8-Gipfel geplant. So blieb es bei mehr Schein als Sein.

So zeichnete sich auch die gesamt EU- und G8-Präsidentschaft im ersten Halbjahr durch mehr Symbolik als Substanz aus. Statt neue Impulse zu setzen, wurden laufende Verhandlungsprozesse fortgeführt. Die sogenannten EPAs (Economic Partnership Agreements, also Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) setzen die Entwicklungsländer unter erheblichen Marktöffnungsdruck, der nicht abgemildert werden konnte. Auf dem G8-Gipfel sollten Eigenanstrengungen und die „gute Regierungsführung“ Afrikas im Mittelpunkt stehen, es blieb aber bei Ratschlägen und unverbindlichen Absichtserklärungen.

Positiv ist zu werten, Herr Mucke hat es bereits gesagt, dass sich die auf dem G8-Gipfel angekündigte Erhöhung der Entwicklungshilfe um 750 Millionen Euro zum größten Teil im Etat des Entwicklungshilfe-Ministeriums für 2008 wiederfindet. Jetzt muss es darum gehen, die Zuwächse mit Hilfe eines Stufenplans zu verstetigen und berechenbar zu machen. Gleichzeitig muss die internationale Handels- und Finanzpolitik so gestaltet werden, dass sie nicht die positiven Resultate der Entwicklungszusammenarbeit konterkarieren. Denn diese gibt es, wenn Entwicklungshilfegelder nicht an korrupte Eliten fließen, sondern zum Wohl der heimischen Bevölkerung verwendet werden.

Kritiker weisen darauf hin, dass in die Entwicklungsländer enorme Finanzströme fließen. Sie ignorieren dabei, dass inzwischen weit mehr Geld aus dem Süden in den Norden geht als umgekehrt. Nach dem Bericht des UN-Generalsekretärs im Juni 2007 liegt der Nettofinanztransfer bei 650 Milliarden Dollar, das ist mehr als das Sechsfache der weltweiten staatlichen Entwicklungshilfe (103,9 Milliarden Dollar). Gründe dafür sind Schuldendienstzahlungen, Abflüsse von Gewinnen aus Auslandsinvestitionen und der Anstieg von Währungsreserven in erdölexportierenden Entwicklungsländern. Dieses Geld fehlt für dringend benötigte soziale Investitionen!

Die Bundesregierung muss wie die anderen Geberländer also weiterhin die Quantität der Entwicklungshilfe erhöhen und die Qualität verbessern. Um Armut und Hunger entschlossen zu bekämpfen, müssen die Mittel für Ernährungssicherung, ländliche Entwicklung, Bildung und Gesundheit substantiell erhöht werden. Die Weltbank hat in ihrem aktuellen Entwicklungsbericht, der in dieser Woche in Berlin vorgestellt wurde, die zentrale Rolle der Landwirtschaft für die Bekämpfung von Hunger und Armut anerkannt. In der Schwerpunktsetzung des Entwicklungshilfeministeriums findet sich das jedoch nicht wieder.

Die Investitionen in die Landwirtschaft sind unzureichend. Es ist nicht falsch, kommunale Strukturen zu schaffen und so die Dezentralisierung zu befördern. Aber diese Maßnahmen greifen nur indirekt und langsam. Zu langsam! Um wie in den Millenniumszielen festgelegt bis 2015 Hunger und Armut zu halbieren, muss eine ländliche Entwicklung gefördert werden, die direkt und unmittelbar den Menschen zugute kommt: Bewässerungssysteme bauen, Nahrungsmittelproduktion durch bessere Pflanzen und Methoden erhöhen, regionale Märkte erschließen und Einkommen durch die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte schaffen.

Langfristig müssen die Entwicklungsländer in der Lage sein, mehr Staatseinnahmen im eigenen Land zu mobilisieren. Und sie müssen Strukturen schaffen, die sicherstellen, dass die Mittel zum Wohle der Ärmsten verwendet werden. Die Bundesregierung muss sich auch verstärkt dafür einsetzen, dass die Entwicklungsländer eine faire Chance im Welthandel bekommen. Das alles sind wichtige Weichenstellungen, die aber Zeit brauchen werden. Doch die Armen und Hungernden brauchen jetzt unsere Hilfe.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!